

Ilker Ataç, Michael Fanizadeh,
Volkan Ağar, VIDC (Hg.)

NACH DEM PUTSCH

16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei

mandelbaum *verlag*



GEFÖRDERT DURCH DIE
ÖSTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS
ZUSAMMENARBEIT

mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-576-9

© mandelbaum *verlag* wien • berlin 2018

alle Rechte vorbehalten

Lektorat: JANINA HENKES

Satz & Umschlag: MICHAEL BAICULESCU

Umschlagbild: ERHAN ARIK/NARPHOTOS/LAIF

Druck: PRIMERATE, Budapest

INHALTSVERZEICHNIS

- WALTER POSCH
7 Vorwort
- VOLKAN AĞAR, ILKER ATAÇ, MICHAEL FANIZADEH
12 Einleitung
- INTERVIEWS VON MICHAEL FANIZADEH MIT
TANIL BORA UND MITHAT SANCAR
26 Autoritäre Wende und Nationalismus in der »neuen«
Türkei
- AYŞE ÇAVDAR
40 Rivalität unter Gleichgesinnten: Erdoğan vs. Gülen
- SABINE KÜPER-BÜSCH
54 Propaganda und Feindbestimmung: Der Nationalismus
der »neuen« Türkei
- VOLKAN AĞAR
68 Auf verlorenem Posten, aber nicht verloren: Pressefreiheit
vor und nach dem Putschversuch
- FIRAT YÜCEL
82 Zensur im Ausnahmezustand: Das Kino unter dem
AKP-Regime
- ASLI ODMAN
96 Akademiker*innen für den Frieden und die soziale
Geographie der »Neuen Akademie« in der Türkei
- YÜKSEL TAŞKIN
110 Das neue Regime in der Türkei nach dem Referendum
vom April 2017

- ALI RIZA GÜNGEN
124 Vom Regen in die Traufe? Die wirtschaftspolitischen Präferenzen der AKP und ihre Auswirkungen seit dem Putschversuch
- ILHAN UZGEL
138 Zwischen Angst und Konsolidierung: Die türkische Außenpolitik seit dem Putschversuch
- ILKER ATAÇ
152 Der EU-Türkei-Deal: Warum er scheitert und die Situation von Geflüchteten in der Türkei
- IRFAN AKTAN
166 Kurd*innen bekämpfen und Wahlen gewinnen
- BÜLENT KÜÇÜK
180 Zwischen Gleichheit und Freiheit: Eine Bilanz der kurdischen Bewegung
- ZEYNEP KIVILCIM
192 Das Geschlecht des türkischen Ausnahmezustands
- AYŞE DURSUN & NEHIR KOVAR
204 Trojanisches Pferd der Regierung: Konservative Frauen-NGOs in der Türkei
- CEMRE BAYTOK & SELIME BÜYÜKGÖZE
218 Feministische Kämpfe im Ausnahmezustand
- ÇIÇEK TAHAOĞLU
232 Kreative Antworten auf neue Repressionen: Die LGBTI-Bewegung in der Türkei
- 244 Herausgeber, Lektorat und Assistenz
245 Autor*innen
248 Karikaturist*innen
249 Übersetzer*innen



EINLEITUNG

Am Zenit der Macht

Am 9. Juli 2018 war es soweit: Recep Tayyip Erdoğan ist am Zenit seiner Macht angelangt. An diesem Tag wurde er als Präsident seiner »neuen« Türkei angelobt – in Anwesenheit internationaler Politprominenz wie dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder oder dem ehemaligen italienischen Premier Silvio Berlusconi. Die letzte Hürde, die Erdoğan nehmen musste, um sich seinen Traum zu erfüllen, war ein Sieg bei den vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni 2018, die ursprünglich für November 2019 geplant waren. Als die Wahlen vorgezogen wurden, wurde das im April 2018 damit begründet, dass wichtige Entscheidungen in der Türkei bevorstünden, die einer starken Führung bedürften. Tatsächlich war die ökonomische Krise im Land immer sichtbarer und eine sinkende Legitimität für den herrschenden Ausnahmezustand war ebenso zu beobachten wie eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und eine außenpolitische Instabilität. Trotzdem ging Erdoğan aus diesen Wahlen als Sieger hervor: Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt er 52,6 % und bei den Parlamentswahlen 53,7 % der Stimmen für seine Volksallianz (Cumhur İttifakı), die seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) mit der nationalistisch-rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) geschlossen hatte.

Das Jahr 2018 ist aber nicht nur im Sinne der Regierenden der Ausgangspunkt für eine »neue« Türkei. Auch für den Kampf um Demokratisierung markiert das 16. Jahr der AKP-Herrschaft einen bedeutsamen Zeitpunkt. Nachdem die vorgezogenen Wahlen verkündet wurden, mobilisierten Oppositionelle in einer sehr kurzen Periode und über grundlegende ideologische Differenzen hinweg unter den schwierigen Bedingungen des Ausnahmezustands

ein Bündnis – auch wenn es dieses Bündnis formell nicht schaffte, wirklich alle Gräben zuzuschütten: Die oppositionelle, »nationale Allianz« aus Republikanischer Volkspartei (CHP), İYİ Parti (Gute Partei) und Saadet Partisi (SP) konsolidierte sich unter Ausschluss der prokurdisch-linken Demokratischen Partei der Völker (HDP). Der wichtigste und größte gemeinsame Nenner der Opposition war die Gegnerschaft zur *Ein-Mann-Herrschaft*. Diverse politische Spektren verbündeten sich nicht nur gegen Erdoğan, sondern auch gegen das Regime, das mit diesen Wahlen umgesetzt werden sollte. Nach den Gezi-Park-Protesten 2013 und einer breiten Allianz gegen das Verfassungsreferendum 2017 konnte ein derart heterogenes, oppositionelles Lager zum ersten Mal für politische Wahlen mobilisiert werden. Einerseits öffnete dieser Umstand ein wichtiges Fenster für oppositionelle politische Kräfte, andererseits warf er zahlreiche neue Widersprüche auf. Zwischen Resignation und Radikalisierung, zwischen gesellschaftlicher Polarisierung und der Aufweichung ideologischer Gräben, zwischen erbarmungsloser Repression und mutigem Protest sowie zwischen Selbstermächtigung und Enttäuschung gilt es sowohl neue Chancen für eine Demokratisierung in der Türkei, als auch Grenzen in dieser neuen Konstellation zu analysieren.

Solchen Analysen möchte dieses Buch Raum geben und Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Journalist*innen und Intellektuelle zu Wort kommen lassen, die unter den Bedingungen des Ausnahmezustands eine Bilanz der aktuellen politischen Entwicklungen ziehen. Es handelt sich dabei um Analysen des Ist-Zustandes, der jüngeren Geschichte sowie um Reflexionen über und Perspektiven auf eine »neue« Türkei. Als Herausgeber müssen wir dabei konstatieren, dass es auch uns kaum möglich ist, der Geschwindigkeit aller politischen Entwicklungen nachzukommen: Das Konzept zum Buch wurde während des Ausnahmezustands entwickelt, bevor die vorgezogenen Wahlen ausgerufen und mit den nun vorliegenden Ergebnissen abgehalten wurden. Eine Tatsache, die zeigt, mit welcher Dynamik das politische Geschehen in der Türkei zu Gange ist.

Der vorliegende Band ist auch motiviert von dem Wunsch, einer deutschsprachigen Leser*innenschaft alternative Erzählungen über die »neue« Türkei zugänglich zu machen und über einfältige und einseitige Diskurse hinauszugehen. Die Beiträge weisen allesamt auf

eine »neue«, *andere* Türkei hin, die diametral zum Konzept der Regierenden zu verstehen ist. Auch weil im Fokus einer europäischen und deutschsprachigen Öffentlichkeit eine autoritäre, repressive und antidemokratische Türkei allzu oft als alternativlos präsentiert wird, sollen die Texte in diesem Buch dazu beitragen, einen differenzierten Blick auf die »neue« Türkei zu ermöglichen.

Zugleich ist diese *andere* Türkei jene Türkei der anderen fast 50%, die beim Referendum am 16. April 2017 gegen eine autoritäre Verfassungsänderung gestimmt haben, die Türkei jener knapp 50%, die sich am 24. Juni 2018 gegen Erdoğan als Präsidenten und das neue, antidemokratische politische System ausgesprochen haben. Es ist jene knappe Hälfte der Bevölkerung, die auf die Einschränkungen des sich nun scheinbar endgültig verankerten Autoritarismus hinweisen – und zugleich den Horizont für eine zukünftige, demokratische Türkei bilden. Die 16 Beiträge in diesem Buch beschäftigen sich zwar mit strukturellen und institutionellen Entwicklungen, aber sie stellen dabei immer auch die Frage nach dieser *anderen* »neuen« Türkei. Zugleich sind sie als eine Bilanz der Periode nach dem versuchten Militärputsch 2016 und der Errichtung des Ausnahmezustands zu betrachten. Diese Bilanz wird von Menschen gezogen, die in dieser Phase nicht nur Betroffene, sondern auch handelnde Akteur*innen waren. Die »neue« Türkei ist ein diskursives, ideologisches und symbolisches Kampffeld, in dem die Zukunft des Landes verhandelt wird.

Das politische System der »neuen« Türkei

Die türkische Politik erlebte seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 einen erheblichen Strukturwandel mit einem autoritären Umbau des politischen Systems. Kurz nach dem versuchten Militärputsch wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Seitdem regierten der Staatspräsident und der Ministerrat per Dekret, auch in Bereichen, die nicht im Zusammenhang mit dem Putschversuch oder dem Ausnahmezustand standen. Der Ausnahmezustand endete nach zwei Jahren im Juli 2018 – das neue »Präsidialsystem« allerdings machte diesen ohnehin überflüssig. Denn dieses unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von jenen in Frankreich oder den USA, der für moderne Demokratien konstitutiv ist: Die Gewaltenteilung,

also die gegenseitige Kontrolle von verschiedenen Kräften innerhalb des Staates, wurde mit diesem neuen System quasi aufgehoben. Das neue System der Türkei entspricht eher dem Abbau der nötigen Kontrollmöglichkeiten («Checks and Balances») als einem Modell eines demokratischen Präsidialsystems, das trotz eines stärkeren Präsidenten weiterhin auf Gewaltentrennung basiert. So warnten auch die Verfassungsexpert*innen des Europarates – bekannt als Venedig-Kommission – im Vorfeld des Referendums im April 2017 vor einem »Ein-Personen-Regime« in der Türkei. Sie wiesen auf die Gefahr hin, dass damit die Gleise für ein autoritäres Präsidialsystem gelegt würden.

In diesem neuen System entfällt das Amt des Ministerpräsidenten, es gibt ein symbolisch agierendes aber auch exekutiv leitendes Staatsoberhaupt, das heißt der Präsident ist Staats- und Regierungschef zugleich. Der Präsident kann ohne Mitsprache oder Anhörung des Parlaments Stellvertreter*innen und Minister*innen ernennen und neue Ministerien schaffen. Die ernannten Minister*innen können nicht per Misstrauensvotum vom Parlament abgesetzt werden. Der Präsident kann ohne Kontrollorgan Dekrete und Verordnungen mit Gesetzeskraft verabschieden. Er hat die Befugnis, das Parlament jederzeit und ohne Grund aufzulösen sowie Gesetzesvorhaben mit einem Veto zu blockieren. Auch die Judikative reißt der Präsident im neuen System an sich: Er ernennt zwölf der 15 Richter*innen am Verfassungsgericht und kann die Zusammensetzung des »Rates der Richter und Staatsanwälte« (HSK) wesentlich beeinflussen. Zwar darf ein Präsident nur zwei Amtszeiten von je fünf Jahren regieren. Sollte das Parlament aber während seiner zweiten Amtszeit Neuwahlen anberaumen, kann er ein weiteres Mal als Präsidentschaftskandidat ins Rennen gehen. Weil die Zählung der Amtszeiten mit dem eingeführten System neu beginnt, gibt es eine faktische Möglichkeit, dass Erdoğan bis zum Jahr 2033 an der Macht bleiben kann.

Das besondere dieses neuen Regimes ist aber historisch zu betrachten. Die autoritäre Logik des neuen Regimes ist seit 2010 schrittweise gestiegen. Im Zentrum des Regimes steht eine Person, der es gelungen ist, einen direkt mit seiner Person verbundenen Regimewechsel durchzusetzen. Weitere Elemente dieses Systems, welches von dem Politologen Tanil Bora als *Erdoğanismus* bezeichnet wird,

sind die Wahlen, die unter unfairen Bedingungen für die Opposition stattgefunden haben und trotzdem eine wichtige Legitimationsbasis für das Regime bilden. Nicht zu vergessen ist die Masse der Personen, deren Unterstützung immer weniger auf der Basis einer Ideologie oder Weltanschauung basiert, sondern auf der politischen Unterstützung einer Person, die sich eine homogene Gesellschaft wünscht, geprägt von einer islamistisch-nationalistischen Ideologie. Ob jedoch eine Gesellschaft, die von sozio-ökonomischer, ideologischer, ethnisch-religiöser und politischer Vielfalt geprägt ist, durch Autoritarismus zu regieren ist, bleibt offen.

Das Wahlergebnis von Juni 2018 zeigt, dass Erdoğan die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen lediglich sehr knapp für sich entscheiden konnte. Seine AKP verlor sogar die parlamentarische Mehrheit und nur durch eine Allianz mit der MHP konnte sich Erdoğan eine Mehrheit im Parlament und seine Präsidentschaft sichern. Dabei haben beide nationalistischen Parteien, die MHP und İYİ Parti, knapp über 20% der Stimmen bekommen. Erdoğan und die AKP sind damit von einer Koalition mit der MHP relativ abhängig. Zwar hat der Präsident weitreichende Kompetenzen, doch kann ihm das Parlament das Leben, wenn auch nur eingeschränkt, immer noch schwer machen, wenn er sich keiner absoluten Mehrheit sicher sein kann. Die Stärkung des nationalistischen Flügels ist das Ergebnis dieser Wahl und lässt wenig Hoffnung auf eine baldige Demokratisierung und Öffnung der türkischen Gesellschaft hin zu mehr Pluralität und Meinungsfreiheit. Insbesondere erscheint die demokratische Lösung der kurdischen Frage vor diesem Hintergrund mehr denn je in weite Ferne gerückt.

Der Weg in die »neue« Türkei

Es war ein langer Weg hin zu dieser »neuen« Türkei: Vom erstmaligen Wahlsieg der AKP im Jahr 2002 bis zu den letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 prägten Erdoğan und die AKP die Türkei. Dieser Weg war alles andere als linear, sondern von diversen Bündnissen und Konflikten, kontinuierlichen Entwicklungen und punktuellen Brüchen, aber auch von qualitativen Sprüngen in Ideologie und Autoritarismus geprägt. Die wichtigsten Schritte in Richtung der »neuen« Türkei können mit

Blick auf die Transformation des politischen Systems und die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in drei Phasen nachvollzogen werden.

Die erste Phase der AKP-Regierung dauerte bis 2010. Diese Phase war dadurch gekennzeichnet, dass die AKP eine relativ breite politische und gesellschaftliche Unterstützung suchte und ihre soziale Basis festigte. Ökonomische und politische Stabilität bildete dabei nach innen wie nach außen die entscheidende Legitimationsgrundlage der AKP-Politik. Parallel zu einer neoliberalen Politik wurden zumeist klientelistische sozialpolitische Maßnahmen eingesetzt, um die ärmeren Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Das Verfassungsreferendum 2010 markierte den Beginn der zweiten Phase. Am 12. September 2010, dem 30. Jahrestag des Militärputsches von 1980, stimmten 58 Prozent für eine Verfassungsreform. Mit der Reform entkräftete die AKP laizistische Pfeiler der alten Verfassung und schwächte zugleich die politische Macht des Militärs, was zu einem Rückgang der militärischen Vormundschaft über die türkische Politik führte. Die Verfassungsänderungen ebneten aber ebenso den Weg für eine aktive Einmischung der Regierung in die höheren Organe der Justizbehörden wie den Obersten Rat der Richter*innen und Staatsanwäl*innen. Anders als heute wurde diese Reform von der EU und einer westlichen Öffentlichkeit als positiv bewertet und die AKP schaffte ein breites Bündnis für ein »Ja« zu diesen Verfassungsänderungen.

Die AKP erweiterte und konsolidierte in dieser Phase somit ihren Einfluss im Staatsgebilde, zudem wurde die autoritäre Transformation der Gesellschaft immer sichtbarer. Die Partei hat eine vielseitige Kontrolle des bürokratischen Apparats mit ihren vererbten autoritären Zügen kombiniert, zusammen mit einer offenen Repression und einer Kontrolle der Massenmedien durch restriktive Gesetzgebung und Übernahmen durch regierungsnahe Finanzgruppen. Durch diesen autoritären Kurs schärfte die AKP-Regierung ihr national-religiöses Profil – eine zunehmend autoritäre Ausrichtung und ideologische Verengung der AKP wurde unübersehbar.

Dieser Prozess blieb nicht ohne gesellschaftliche Antwort – 2013 zeigte sich mit den Gezi-Protessen der Widerstand gegen diese Transformation auf den Straßen der Türkei. Was für die Beibehaltung

eines öffentlichen Parks und gegen Polizeigewalt im Zentrum von Istanbul begann, breitete sich rasant auf andere Städte aus und führte zu einem politischen Protest gegen die autoritären Tendenzen der Regierung allgemein. Es war ein außerordentlich breites politisches Spektrum, das sich zum Protest versammelte und die AKP-Regierung öffentlich und mit kreativen Formen jenseits der Gegensätze Säkularismus/Islamismus oder AKP/Kemalist*innen herausforderte. Die Regierung war von der breiten und starken Bewegung überrascht und reagierte mit Repressionen und Zwangsmaßnahmen, um die Proteste zu unterdrücken. Parallel zerfiel das Bündnis zwischen der AKP und der ebenfalls religiös orientierten Gülen Gemeinde - aufgrund von Machtkonkurrenz und Divergenzen in der Außenpolitik und der kurdischen Frage. Ausschlaggebend waren Korruptionsermittlungen gegen Erdoğan-Kreise, die Gülen-nahe Staatsanwälte ins Rollen gebracht haben. In diese Phase fallen auch die informell geführten Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und Vertreter*innen der kurdischen Bewegung.

All das führte zu einer Niederlage der AKP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015. Denn obwohl die AKP wieder stärkste Partei wurde, lagen die 40,8 % der Stimmen deutlich unter den 49,8 %, die sie 2011 erreicht hatte. Die AKP hatte somit die für eine Verfassungsänderung und die Einführung eines Präsidialsystems notwendige Mehrheit im Parlament deutlich verfehlt. Die HDP wurde 2015 die erste überwiegend kurdische Linkspartei, die die Schwelle von 10 Prozent überschreiten konnte.

Damit begann 2015 die dritte Phase: Die Phase einer nationalistischen Konsolidierung, begleitet von Gewalt und einer militärischen Eskalation in den kurdischen Gebieten, mit denen sich die AKP die bröckelnde gesellschaftliche Zustimmung durch nationalistisches Ressentiment zurückholen wollte – und dies bei den Neuwahlen im November 2015 auch tat. In diesem Zeitraum wurden auch die Friedensgespräche zwischen Vertreter*innen der kurdischen Bewegung und der türkischen Regierung beendet. Die letzten Meter zur »neuen« Türkei ging die AKP schließlich nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016, den Erdoğan als »Geschenk Gottes« bezeichnete. In der repressiven Atmosphäre der »Säuberungen«, die auf den Putschversuch folgten, war es ein Leichtes ein Verfassungs-

referendum zur Einführung eines Präsidialsystems zu forcieren und dieses, wenn auch nur knapp, zu gewinnen. Die Beiträge dieses Buches sollen uns dabei helfen, eine Bilanz der Entwicklungen in dieser Phase zu ziehen und Perspektiven auf die »neue« Türkei zu schärfen.

Beiträge im Buch

Die Beiträge für diesen Sammelband knüpfen an unsere Publikation »Türkei. Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus« an, welche wir im Frühjahr 2016 im Mandelbaum-Verlag veröffentlicht haben. Die damalige Artikelsammlung ist aus einer Veranstaltungsreihe heraus entstanden, die das VIDC ab 2009 in Wien etabliert hat. Heute wie damals geht es uns darum, einen kritischen und differenzierten Blick auf Themen zu werfen, die in der Türkei sowie in der europäischen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden. Seit dem gescheiterten Putsch im Sommer 2016 und dem darauffolgenden Ausnahmezustand hat sich der Fokus unserer Veranstaltungen zunehmend verschoben. Fragen der Meinungsfreiheit und zum Verhältnis von Staat und Minderheiten in der Türkei rückten ins Zentrum der Debatte.

Mit dem aktuellen Sammelband führen wir diese Diskussion fort. Wir haben dazu kritische Beobachter*innen eingeladen, um in 16 Anmerkungen ihre Sicht auf die »neue« Türkei darzulegen. Eine bildliche Analyse der Entwicklungen in der Türkei bringen zusätzlich die Karikaturist*innen Cem Dinlenmiş, Ramize Erer und Ipek Özsüslü in den Sammelband ein. Den Anfang der Textbeiträge machen Interviews mit Mithat Sancar und Tanıl Bora und ihre Einschätzungen in Bezug auf das Wahlergebnis vom 24. Juli 2018. Die Soziologin Ayşe Çavdar untersucht danach in ihrem Beitrag die »Rivalität unter Gleichgesinnten: Erdoğan vs. Gülen« wie es zur Konkurrenz zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinde und letztendlich zum Putschversuch kommen konnte. Ihre These: Die beiden islamistischen Gruppierungen konnten nur so lange zusammenarbeiten, bis sie den gemeinsamen Feind besiegt und ihre Machtpositionen im Staat etabliert hatten. Dann begann ihre Feindschaft erneut und bildete nach dem versuchten Putsch und dem darauffolgenden Ausnahmezustand den Rahmen für die vielfältigen Repressionen. Diese aufgeheizte Stimmung nach dem Putschversuch bildet auch den Hintergrund für den Text der Politologin und Autorin Sabine

Küper-Büsch. Sie untersucht in ihrem Text zu »Propaganda und Feindbestimmung: Der Nationalismus der ‚neuen‘ Türkei« die türkische »Republik Reis« mit ihrer dominanten Führerfigur Erdoğan an der Spitze. Für sie wird der Nationalismus heute über die Loyalität zum Präsidenten neu definiert und die früher verpönte osmanische Tradition mit dem »Türkentum« versöhnt. Wer nicht zur Gemeinschaft gehört, wird verhöhnt und als »Verräter*in« ausgeschlossen. Das geschieht in mannigfaltiger Weise, besonders sind Medien und Journalist*innen von Zensur, Ausschluss und Haft bedroht, wie der Journalist Volkan Ağar in seinem Beitrag »Auf verlorenem Posten, aber nicht verloren: Pressefreiheit vor und nach dem Putschversuch« zu berichten weiß. Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 wurden über 100 Journalist*innen verhaftet und rund 150 Medienvereinigungen geschlossen, doch auch strukturell hat sich der Zustand der Pressefreiheit weiter verschlechtert. Neben den Medien ist der kulturelle Sektor in der Türkei besonders von Zensur und Selbstzensur betroffen. Die Mechanismen und Methoden der Zensur gleichen sich, besonders im Filmbereich. Der Autor Firat Yücel schildert in seinem Text »Zensur im Ausnahmezustand: Das Kino unter dem AKP-Regime«, wie die Marktkonzentration im Filmwesen und die Kontrolle bei Filmfestivals und Beschränkungen des Vertriebsnetzes voranschreiten. Repression und Monopolisierung sind ebenso an den Universitäten zu finden. Die Historikerin und Gewerkschafterin Aslı Odman beleuchtet das in ihrem Beitrag »Akademiker*innen für den Frieden und die soziale Geographie der Neuen Akademie in der Türkei«. Während der militärischen Konfrontationen in den kurdischen Gebieten der Türkei Ende 2015 verfasste eine Gruppe von Akademiker*innen eine Onlinepetition mit dem Titel »Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein!«. Die Petition erhebt Einspruch gegen den Krieg in den kurdischen Städten und wurde Anfang 2016 im türkischen Parlament mit 2.212 Unterschriften eingereicht.

Wie reagieren die AKP und die Opposition auf den Putschversuch vom Juli 2016? Darüber informiert der Politologe Yüksel Taşkın in seinem Beitrag »Das neue Regime in der Türkei nach dem Referendum vom April 2017«. In seinem Artikel zeichnet er die wichtigsten Eckdaten des politischen Prozesses vor und nach dem Ver-

fassungsreferendum 2017 nach. Ein besonderer Schwerpunkt seines Textes ist der politischen Opposition in der Türkei, insbesondere der CHP, gewidmet, die sich während der Prozesse rund um das Verfassungsreferendum dynamisierte. Doch nicht nur das politische System der Türkei wurde repressiven Veränderungen unterworfen, sondern auch die türkische Wirtschaft kam in Folge des Putschversuches unter Druck. Der Ökonom Ali Rıza Güngen zeichnet in seinem Beitrag »Vom Regen in die Traufe? Die wirtschaftspolitischen Präferenzen der AKP und ihre Auswirkungen seit dem Putschversuch« ein differenzierteres Bild der Lage. Denn der Putschversuch verpasste dem Markt zwar einen vorübergehenden Schock, doch um die Wirtschaft zu stimulieren hat die AKP als Antwort auch eine außerordentliche Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen auf den Weg gebracht. Neben der Wirtschafts- ist auch die Außenpolitik der Türkei in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Der Politologe İlhan Uzgel berichtet in seinem Beitrag »Zwischen Angst und Konsolidierung: Die türkische Außenpolitik seit dem Putschversuch«, wie sich der politische Stil der AKP nach dem Putschversuch geändert hat. Aus Defensive wurde Offensive, einem autoritäreren Regierungsstil in der Innenpolitik folgte auch in der Außenpolitik eine konfrontative Ausrichtung. Wobei die türkische Politik gegenüber der EU maßgeblich vom gemeinsamen Flüchtlingsabkommen vom März 2016 beeinflusst wurde. İlker Ataç zeichnet das Abkommen und die Flüchtlingspolitik in seinem Beitrag »Der EU-Türkei-Deal: Warum er scheitert und die Situation der Flüchtlinge in der Türkei« nach.

Besonders die kurdische Bevölkerung ist von einer konfrontativen Ausrichtung von Innen- und Außenpolitik der Türkei betroffen, wie der Journalist İrfan Aktan in seinem Artikel »Kurd*innen bekämpfen und Wahlen gewinnen« zeigt. Die Parallelen zwischen dem Ende des Friedensprozesses mit den Kurd*innen 2015 und der Syrienpolitik der Türkei sind nicht von der Hand zu weisen. Der Krieg gegen die Kurd*innen in Afrin spiegelt sich nicht nur in der Tagespolitik wieder, sondern verursacht auch einen ernsthaften emotionalen Bruch zwischen Kurd*innen und Türk*innen. Für den Soziologen Bülent Küçük gibt es aber auch innerhalb der kurdischen Bevölkerung und Bewegung der Türkei Brüche und Widersprüche, die er

in seinem Text »Zwischen Gleichheit und Freiheit: Eine Bilanz der kurdischen Bewegung« skizziert. Innerhalb der kurdischen Politik entstand ein immer tiefer werdender Graben zwischen dem Versprechen nach freiheitlicher Demokratie und der Ausrichtung der politischen Elite im Kontext einer sich zunehmend pluralisierenden kurdischen Bewegung.

Im Ausnahmezustand sind Frauen besonders von der AKP-Politik betroffen. Die Juristin Zeynep Kivilcim erörtert in ihrem Beitrag »Das Geschlecht des türkischen Notstandregimes«, dass die Maßnahmen ab Sommer 2016 keineswegs geschlechtsneutral sind. Die Architektur des türkischen Ausnahmezustands stützt sich auf gewaltvolle Männlichkeiten. Sowohl die Anstifter*innen des Putschversuches vom Juli 2016 als auch ihre Gegner*innen verbindet eine Rhetorik von nationaler Einheit, Gewalt und Militarismus. Konservative Frauen-Organisationen übernehmen diese Rhetorik teilweise, wie die feministischen Wissenschaftlerinnen Ayşe Dursun und Nehir Kovar in ihrem Text »Trojanisches Pferd der Regierung: Konservative Frauen-NGOs in der Türkei« erläutern. Ihre These ist, dass regierungsnahe Frauenorganisationen die Grenzen der frauenpolitischen Kämpfe zugunsten der Regierung neu definieren und somit die Interessen von Frauen längerfristig gefährden. Doch es regt sich Widerstand von Seiten feministischer Organisationen, wie die Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen Cemre Baytok & Selime Büyükgöze in ihren Artikel »Feministische Kämpfe im Ausnahmezustand« berichten. Die Frauenbewegung und die Feminist*innen der Türkei des Jahres 2018 sind bemüht, den feministischen Diskurs und den Aufstand sowohl gegen aktuell erlassene, frauenfeindliche Gesetze als auch gegen alltägliche Erscheinungsformen männlicher Gewalt aufzubauen. Auch die LGBTI-Bewegung in der Türkei muss sich gegen Gewalt und Zensur wehren. So wurden beispielsweise alle Aktivitäten von LGBTI-Organisationen seit November 2017 in Ankara verboten, ebenso sind die Pride-Demonstrationen in Istanbul von Zensur betroffen. Die Journalistin Çiçek Tahaoğlu zeigt in ihrem Aufsatz »Kreative Antworten auf neue Repressionen: Die LGBTI-Bewegung in der Türkei«, dass sich die LGBTI-Community zu wehren weiß: Denn bereits seit den sehr repressiven 1980er Jahren begannen LGBTI-Personen sich in der Türkei zu organisieren.

Seither wiederholen sie ihren Slogan: »Gewöhnt euch daran, wir sind hier, wir werden nicht gehen!«

Abschließend möchten wir uns bei all unseren Autor*innen, Impulsgeber*innen und Übersetzer*innen bedanken, die zum Gelingen dieser Publikation beigetragen haben. Insbesondere seien hier der Geschäftsführer des VIDC Walter Posch, auf dessen Konto viele textliche Zuspitzungen und Klärungen gehen, und Ayşe Dursun genannt, die uns fachkundig beraten und auch die Vermittlung von einigen Autorinnen übernommen hat. Unser besonderer Dank gilt außerdem der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, der Austrian Development Agency, dem Mandelbaum Verlag und deren Lektorin Janina Henkes für die hervorragende Betreuung sowie bei Lisa Bertrams vom VIDC, die uns tatkräftig bei der Redaktion der Beiträge unterstützt hat.

